

Programm für Marburg 2011-2016

EINE STADT FÜR ALLE

MARBURGER LINKE.

Eine Stadt für alle!

Am 27. März entscheiden die BürgerInnen Marburgs, ob die Politik der leeren Versprechungen weitere fünf Jahre fortgesetzt wird. Ob die kommunalpolitischen Entscheidungen im Interesse der großen Mehrheit fallen oder den Wünschen großer Investoren untergeordnet werden. Eine stärkere linke Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung wird mit ihren Ideen zugunsten der Benachteiligten, der Umwelt und der kulturellen Vielfalt für frischen Wind sorgen.

Die Marburger Linke stellt ihre Alternativen zur derzeitigen Kommunalpolitik in der vorliegenden knappen Version und in einer Langfassung unter www.die-linke-marburg.de vor. Sie zeigt auf, wie eine lebenswerte Stadt für alle BürgerInnen gestaltet werden kann. Ob Wohnungsbauförderung oder Stadtplanung, kostenloser öffentlicher Nahverkehr oder freie Bildung von der Krippe bis zur Universität, existenzsichernde Arbeitsplätze in Verwaltung und städtischen Unternehmen, ob Umwelt- und Naturschutz, nachhaltige Energieversorgung oder Teilhabe aller Menschen an den Entscheidungsprozessen, in all diesen Feldern unterbreitet die Marburger Linke Angebote zum Mitmachen und zum Einmischen. Die Alternative lautet: „Konzern Stadt“ oder „Eine Stadt für alle“. Sie haben die Wahl.

Alle nehmen teil

Im Gegensatz zu vielen Kommunen hat Marburg finanziellen Spielraum. Dank sprudelnder Gewerbesteuererinnahmen kann die Stadtverordnetenversammlung (StVV) nach wie vor souverän darüber entscheiden, wofür Geld ausgegeben werden soll. Doch die rot-grüne Koalition weigert sich beharrlich, eine Kommunalpolitik im Interesse der Mehrheit der Menschen umzusetzen. Systematisch blendet sie bei ihren Entscheidungen die Lebenswirklichkeit vor allem der armen Menschen in dieser Stadt aus. Die Kulisse der mittelalterlichen Oberstadt, Marburgs „Neue Mitte“ und die Bauten des Südviertels zeigen die glänzende Fassade. Die Probleme etwa am Richtsberg, im Stadtwald oder im Waldtal bleiben meist unberück-

sichtigt. Die Koalition und Oberbürgermeister Vaupel sprechen vom „Konzern Stadt“ und verhalten sich entsprechend. Dringend notwendige Veränderungen im Sozial-, Arbeits- und Umweltbereich werden nicht oder nicht konsequent genug angegangen. Interessen von „Investoren“ sind wichtiger als die Bedürfnisse der meisten MarburgerInnen. Die Marburger Linke hat in der StVV immer wieder gefordert, die vorhandenen Mittel für die Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen einzusetzen.

Demokratie lebt von Bürgerbeteiligung. BürgerInnen sollen die demokratischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen aktiv handelnd mit Leben erfüllen, verändern und die künftigen gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen. Neben Beteiligungsformen wie „Runder Tisch“, Stadtteilkonferenz und Bürgerversammlung sind Ortsbeiräte mit erweiterten Kompetenzen in allen Stadtteilen und Stadtbezirken einzurichten. Die Marburger Linke fordert:

- transparentere und bürgerfreundlichere Gestaltung der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung;
- eigener Etat und Entscheidungsbefugnisse für die Ortsbeiräte;
- einen Prozess zur Aufstellung eines Bürgerhaushalts einleiten.

Arbeitsplätze schaffen und aufwerten

Mehr ist nicht unbedingt besser. Mehr EinwohnerInnen, KundInnen, TouristInnen und Studierende bedeuten auch mehr Verkehr und Parkplätze. Das schafft Arbeitsplätze. Doch können die Menschen davon auch leben? In Marburg hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugenommen, aber viele sind Teilzeitbeschäftigte, beziehen Niedriglöhne oder müssen mit Hartz IV aufstocken. Gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitslosen in Marburg gestiegen, ebenso die Zahl der MinijobberInnen von 3.400 auf 5.000.

Die Marburger Wirtschaft wird durch Unternehmen und Einrichtungen bestimmt, die weitgehend konjunkturunabhängig und durch Kommunalpolitik kaum beeinflussbar sind: Die Universität, die Behring-Nachfolgefirmen, die Uniklinik. Hier arbeitet etwa die Hälfte der 38.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Marbur-

ger Linke will eine Wirtschaftspolitik, die gute Arbeitsplätze schafft und den Bedarf an Dienstleistungen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten der MarburgerInnen deckt. Die Wirtschaftspolitik muss dazu beitragen, die besonderen Potenziale unserer Stadt in enger Kooperation mit den Nachbargemeinden und -zentren wie Gießen und Wetzlar zu entwickeln. Ziel ist ferner, die Entfernungen zwischen Arbeit, Wohnen, Einkauf und Freizeit zu verringern.

Die Stadt muss in der Arbeitsmarktpolitik mit gutem Beispiel voran gehen. Im Vergleich zu ähnlich großen Städten in Hessen ist die Stadtverwaltung gegenwärtig völlig unterbesetzt. Während Marburg pro tausend EinwohnerInnen acht besetzte Planstellen hat, sind es in Wetzlar und Gießen zwölf. Ein schlechtes Beispiel gibt die Stadt auch bei ihren Betrieben. Um Lohnkosten zu sparen, wurden die Stadtwerke ausgelagert und Tochterfirmen gegründet, die zu Niedriglöhnen einstellen. Die Marburger Linke fordert daher:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Rückführung der Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) in die Stadtwerke und Übernahme der Beschäftigten der Marburger Entsorgungsgesellschaft (MEG) durch den Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM). Bezahlung der Beschäftigten nach Stadtwerke-Tarifen;
- Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze bei der Stadt und dem DBM, um Personalengpässe zu beseitigen;
- Rekommunalisierung: Beendigung des Outsourcens von Personal und Aufgaben der Stadt und ihrer Betriebe. Ständige Aufgaben sind durch eigenes Personal zu erledigen;
- eine Vergabeordnung, die öffentliche Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen, an das Engagement bei der Ausbildung und die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards knüpft. Die Betriebe dürfen keine Ein-Euro-JobberInnen beschäftigen;
- besondere Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Handwerksbetrieben bei öffentlichen Ausschreibungen und gezielte Auftragsvergabe an regionale Firmen;
- dezentrale, wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten und Unterstützung des kleinen und fairen Handels.

Armut eindämmen

In einer von akademischer Mittelschicht und einem Milliardär geprägten Stadt lässt sich Armut leichter verstecken als anderswo. Aber es gibt sie. Die „Marburger Tafel“ hat viel zu tun: Alleinerziehende mit geringem Einkommen, Dauerarbeitslose, Menschen in Altersarmut, sie alle stehen am Rand. Wie viele es sind, hat die Stadtverwaltung bis heute nicht herausfinden wollen/können. Auf die Große Anfrage der Marburger Linken im Stadtparlament, wie viele Menschen und Haushalte auf sogenannte Mindestsicherungsleistungen wie Arbeitslosengeld II (Hartz IV), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe bzw. auf Unterstützung durch Wohngeld oder Kinderzuschlag angewiesen sind, musste der Magistrat eingestehen: er kann diese Zahlen nicht sauber ermitteln.

Obwohl die Ursache der Armut nicht in der Kommunalpolitik liegt, könnte die Stadt dank ihres finanziellen Spielraums handeln. Die Marburger Linke fordert:

- Erstellung eines Berichts, der verlässlich über das Ausmaß von Armut und Reichtum in Marburg Aufschluss gibt;
- Umgehende Besetzung der im Haushalt beschlossenen und seitdem vakanten Stelle des Sozialplaners;
- Erweiterung der Leistungen aus dem Stadtpass;
- Alle Menschen, die ein Anrecht auf sogenannte Transferleistungen haben, müssen durch den zuständigen Fachdienst der Stadt auf ihre Rechte hingewiesen und bei ihrer Wahrnehmung gegenüber den Behörden aktiv unterstützt werden;
- keine Zwangsumzüge bei BezieherInnen von Mindestsicherungsleistungen.

Benachteiligungen ausgleichen

Besonders benachteiligt sind wie immer die Gruppen, die ihre Ansprüche und Rechte nicht lautstark, mit viel Geld oder Mediengetöse durchsetzen können: Kinder, alte Menschen oder Menschen mit Behinderung. Gute Betreuungsschlüssel sind kein Luxus, sondern für Chancengleichheit und menschenwürdiges Leben zwingend not-

wendig. Das gilt auch für die sächliche Ausstattung. Die Marburger Linke fordert daher u. a.:

- kostenfreie Kindertagesstätten für alle Jahrgänge;
- sofortige Umsetzung der Mindestverordnung zur Verbesserung des ErzieherInnen-Kinder-Schlüssels;
- bessere Bezahlung der ErzieherInnen;
- kostenlose Betreuungsangebote durch Fachpersonal über das Unterrichtsangebot hinaus;
- kostenlose Schülerbeförderung für alle;
- Orientierung am Ziel der Inklusiven Schule: Eine Schule für alle-Mehr Sporthallen- und Schwimmflächen für Kinder und Jugendliche;
- Wohnformen für alte Menschen, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren. Seniorenvertretungen sind als Experten in eigener Sache einzubeziehen;
- verstärkter Einbezug des Behindertenbeirats bei allen Bauplanungen, z. B. bei der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes sowie Korrekturen bei der Ketzerbachgestaltung;
- bezahlbarer Wohnraum in ausreichender Menge für Menschen mit Behinderungen.

Öffentliche Infrastruktur erhalten und ausbauen

Abgesehen von längst überfälligen Schulerweiterungen wurden in den letzten 20 Jahren in Marburg keine zusätzlichen öffentlichen Gebäude gebaut. Dabei besteht dringender Bedarf. Auch hier stellt sich die soziale Frage. Menschen mit schmalem Geldbeutel sind auf öffentlich zur Verfügung gestellte Sport- und Freizeitflächen angewiesen.

Nutzungskonflikte zwischen Schul-, Vereins- und Freizeitsport sind keine Seltenheit. In den nächsten beiden Jahren müssen mehrere Hallen saniert und damit gesperrt werden. Die Engpässe werden sich deutlich verschärfen. Ähnliches gilt bei den Schwimmbädern. Die CDU/SPD/Grünen-Magistrate haben in trauter Eintracht in den

letzten 20 Jahren das Luisabad und das Europabad dem Verfall preisgegeben und abgerissen bzw. geschlossen. Jetzt herrscht in Marburg ein Mangel an Schwimmflächen. Wir fordern:

- Bau einer 3-Felder-Halle an einem zentralen Schulstandort;
- Bau einer weiteren 3-Felderhalle bei der Elisabeth-Schule;
- Integration eines einfachen Hallenbads mit 50m-Becken unter einer der Hallen;
- Ausbau des Außenbeckens im Aquamar zu einem 50m-Becken.

Stadtentwicklung menschlich planen

Seit Jahren wird in Marburg nur noch von der Hand in den Mund geplant. Bebauungspläne werden Altpapier, wenn ein mächtiger Investor seine Wünsche anmeldet. So entsteht Wildwuchs, der die Stadt entstellt. Deshalb fordert die Marburger Linke:

- Erstellung eines Stadtentwicklungsplans unter Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit, um das isolierte Planen von Einzelprojekten zu überwinden.

Die Umgestaltung des Nordviertels inklusive Bahnhofsvorplatz und Umzug der Universität wird in den nächsten Jahren die größte städtebauliche Veränderung Marburgs. Doch die BürgerInnenbeteiligung wurde klammheimlich beerdigt, während der Magistrat seine Planungshoheit an einen milliardenschweren Investor verkauft hat. Gegen den entschiedenen Widerstand der Marburger Linken wurde ein denkmalgeschütztes Haus abgerissen und bezahlbarer Wohnraum zerstört. Das Vorgehen des Magistrats im Nordviertel ist das genaue Gegenteil von demokratischer BürgerInnenbeteiligung. Die Marburger Linke fordert:

- Gleiches Recht für alle im Baurecht und beim Denkmalschutz! Keine Extrawurst für das Große Geld!
- Die interessierte Öffentlichkeit, AnwohnerInnen und nicht nur Geschäftsleute sind von Anfang an in vielfältiger Form in ergebnisoffene Planungen einzubeziehen, ebenso die Universität.
- Öffentliche Infrastruktur und BürgerInnenbeteiligung ausbauen. Investorenwünsche leiten auch den Magistrat bei der Genehmigung

eines weiteren „Einkaufstempels“ in der Universitätsstraße / Gutenbergstraße. Dieser wird auf die Geschäfte in der Oberstadt eine ähnlich verödennd wirken wie Erlenring-Center und Markt-Dreieck auf Weidenhausen. Wir fordern:

■ Kein Konsumtempel im Bereich Allianzhaus und Savignyhaus.

Zum Wohnen ist Marburg ein teures Pflaster, bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Notbetten und saftige Mieten prägen nur allzu oft die Wohnsituation von Studierenden. In bestimmten Vierteln konzentrieren sich ärmere Bevölkerungsgruppen. Die Kluft zwischen unten und oben ist im Marburger Stadtbild und zwischen den Stadtteilen sichtbar. Solchen Entwicklungen kann etwa die städtische Tochter GeWoBau durch die Schaffung preiswerten Wohnraums entgegentreten. Mietermitbestimmung sowie vorbildhaftes soziales, altersgerechtes, barrierefreies, nachhaltiges und energiesparendes Wohnen muss die Leitlinie der öffentlichen Wohnungsversorgung sein – und zwar in allen Stadtteilen.

Aufgrund der angespannten Wohnungslage herrscht bei der Miethöhe vielfach Willkür. Ein qualifizierter Mietspiegel kann dazu beitragen, Mietwucher zu begrenzen und dämpfend auf die Miethöhen einzuwirken. Die Marburger Linke fordert:

■ Bereitstellung preisgünstigen und qualitätsvollen Wohnraums für alle, die ihn benötigen, mit Unterstützung der Stadt!

■ Die Umwandlung von Wohnungen in teure Gewerbeflächen, Büros und Kanzleien usw. muss verhindert werden.

■ Studentische Freiräume verteidigen: Absicherung selbstbestimmten Wohnens im Bettenhaus auch mit städtischen Mitteln!

Studierende unterstützen

Die Universität ist der größte Marburger Betrieb. Von ihr ist das Gedeihen der Stadt weit mehr abhängig als vom scheinbaren Wohlwollen privater Investoren. Hier gibt es die meisten Arbeitsplätze, von ihr gehen Kaufkraft und Einnahmen aus der Einkommensteuer aus. Auf unsere Initiative hin wirbt die Stadt bei Studierenden für Erstwohnsitze, was ihr Mehreinnahmen bringt. Völlig unzureichend

lässt sie sich aber auf ihre Bringschuld ein, den notwendigen Ausbau öffentlicher Infrastruktur. 2000 zusätzliche StudentInnen haben zu keiner Neueinstellung geführt.

Auf Drängen der Marburger Linken hat die Stadtverordnetenversammlung die Aktionen der Studierenden gegen die Studiengebühren der bildungsfeindlichen Landesregierung unterstützt und ist für sie eingetreten, als einige von ihnen vor Gericht gestellt wurden. Das muss so bleiben. Wir fordern außerdem:

- Schaffung von zusätzlichem studentischen Wohnraum;
- Erhalt des Alten und Neuen Botanischen Gartens und seiner Arbeitsplätze.

Mobilität für alle umsetzen

Dreizehn Jahre Rot-Grün in Marburg und sechs Jahre Oberbürgermeister Vaupel haben Marburg einer Verkehrswende keinen Schritt näher gebracht. Nach wie vor sorgt ein stetig wachsender PKW-Verkehr für erhebliche Luftverschmutzung, Verlärmung und städtebauliche Beeinträchtigungen. Ein besonderes Ärgernis bleibt dabei die Stadtautobahn.

Die Bevorzugung des PKW-Verkehrs geht einher mit einer Benachteiligung aller anderen VerkehrsteilnehmerInnen und der umweltverträglichen Verkehrsmittel. Die Marburger Linke will, dass Fußgänger, FahrradfahrerInnen, öffentliche Verkehrsmittel (Bahn, Bus und Taxis) sowie Carsharing im Umweltverbund gefördert werden. Die Marburger Linke fordert:

- Einen Masterplan zur qualitativen Verbesserung des ÖPNV mit dem Ziel einer qualitativen Zunahme der NutzerInnen sowie Nulltarif innerhalb Marburgs;
- deutliche Verbesserung der Taktzeiten sowie Einrichtung von Express-Buslinien zu wichtigen Zielen (Lahnberge, Behring-Werke);
- Mittelfristig ist der Bau einer Mittelhessen-Tram (Stadt- und Regiobahn) in Zusammenarbeit mit Gießen und Wetzlar zu prüfen;
- Tempo 30 in der ganzen Innenstadt und in allen Wohngebieten,

unterstützt durch bauliche Maßnahmen und Verkehrskontrollen;

- Ideenwettbewerb und detaillierte Planung für kurz-, mittel- und langfristige Lösungen des Problems Stadtautobahn (Lärmschutz, Temporeduzierung, Untertunnelung);

- Mehr Querungshilfen für Fußgänger, fußgängerfreundliche Ampelschaltungen:

- Mehr und besser instand gehaltene Fahrradwege.

Zusätzlich bedarf es einer verkehrssparenden Stadtplanung. Arbeit, Wohnen, Freizeit und Einkaufen müssen räumlich wieder stärker verzahnt werden. Die Marburger Linke fordert:

- Wohnverdichtung in der Innenstadt statt neue Siedlungsgebiete auf dem Lande;

- Förderung dezentraler Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote.

Umwelt schonen

Die Marburger Linke wird die Fraktion der ökologischen Erneuerung sein, denn sie stellt als einzige hier die Systemfrage. Ein ökonomisches System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung setzt, kann die ökologische Frage nicht lösen. Die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna dürfen nicht auf dem Altar der Kapitalverwertung geopfert werden. „Global denken – lokal handeln“, der Wahlspruch der Agenda 21 ist Handlungsmaxime der Marburger Linken.

Das gilt besonders bei der Energieversorgung. Eine zukunftsfähige Energieerzeugung muss dezentral und aus erneuerbaren Quellen erfolgen. Ständig steigende Energiepreise sind kein Naturgesetz, sondern kapitalistische Marktlogik, der auch die Stadtwerke folgen. Ein drastisch reduzierter Energieverbrauch (Negawatt) und ein Energiemix aus Solarthermie, Photovoltaik, Erdwärme, Windkraft und Biomasse kann die Stadt Marburg bis zum Jahre 2040 unabhängig von fossilen und atomaren Energieträgern werden lassen. Der Maßnahmenkatalog des Klimabündnisses muss in Zusammenarbeit mit dem Landkreis weiterentwickelt werden.

Die Marburger Linke fordert:

- Umsetzung der Leitbilder und Maßnahmenkataloge der Agenda 21
- Schrittweise, aber zügige Umsetzung der Selbstverpflichtungen des Klimabündnisses;
- Rekommunalisierung der Stromnetze und der Energieerzeugung;
- Änderung des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke: Aufnahme von ökologischen und sozialen Kriterien und Zielen in den Gesellschaftszweck sowie mehr Kontrollmöglichkeiten der StVV bei städtischen Gesellschaften.

Gleichberechtigung verwirklichen

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ heißt es im Grundgesetz. Dennoch werden Frauen aufgrund ihres Geschlechtes diskriminiert. Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit, schlechtere Chancen für Frauen im Beruf, die alleinige Hausarbeit sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Selbst der Sozialabbau trifft Frauen härter als Männer, wie an der Hartz-IV-Gesetzgebung leicht zu erkennen ist. Die Marburger Linke strebt eine Gesellschaft an, in der die patriarchalischen Verhaltensmuster überwunden sind.

Kommunalpolitik kann die Rahmenbedingungen dafür verbessern. Auch künftige Haushaltsentwürfe sind konsequent auf ihre Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis zu untersuchen. Die Marburger Linke fordert:

- Eine Frauenquote von 50 % in allen kommunalen Gremien. Die Führungspositionen der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften sind quotiert zu besetzen. Nachwuchsförderung und Stellenausschreibungen sind darauf auszurichten und sollen so Vorbild für die gewerbliche Wirtschaft sein.
- Ausreichende existenzsichernde Finanzmittel für alle Vereine und Institutionen, die Fraueninteressen vertreten, insbesondere den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt, wie etwa das Frauenhaus, Notruf usw.

Kulturelle Angebote erweitern

Marburg ist eine Stadt der kulturellen Vielfalt. Jenseits der Eventkultur, mit welcher der Magistrat sich gern selbst lobt, gibt es in der freien Szene breit gefächerte Initiativen mit viel Selbstausschüttung sowie prekären Lebens- und Arbeitssituationen. Die Zusage von OB Vaupel von 2005 – den Kulturretat auf 5 % des Stadthaushalts aufzustocken – ist bis heute nicht eingelöst.

Um kulturelle Teilhabe und Bildung aller Menschen umzusetzen, muss die Politik niedrigschwellige und selbstorganisierte Angebote fördern. Denn es geht auch um Brückenschläge zu anderem Denken, anderen Ausdrucks- und Lebensweisen. Dies ist unerlässlich, gerade auch für eine multikulturelle Gesellschaft. Die Marburger Linke fordert:

- Anhebung des Kulturretats auf 5 Prozent des Haushalts;
- Dezentralisierung (Einbeziehung der Stadtteile), Öffnung und Demokratisierung des Kulturangebots über den bürgerlich-akademischen und studentischen NutzerInnenbereich hinaus;
- interkulturelle Angebote für alle Menschen, die geprägt vom Gedanken des künstlerischen Austauschs die Vielfalt des Angebots der Lebens- wie Arbeitskulturen Marburgs präsentieren;
- Erarbeitung eines Konzepts zur Einrichtung eines Stadtmuseums mit sozialgeschichtlichem Schwerpunkt, Prüfung der Unterbringung im Kilian, im Herzen der Stadt und in der Nähe weiterer touristischer Attraktionen.

Vielfalt erhalten

Marburg ist eine weltoffene Stadt der kulturellen, sprachlichen und religiösen Vielfalt. Die Gemeinwesenprojekte BSF, AKSB und IKJG, der Ausländerbeirat sowie die Jüdische Gemeinde, die muslimischen Vereine, Schulen, Kindergärten, die Jugendarbeit, Kirchen und Sportvereine – sie alle leisten auf unterschiedliche Weise ihren Beitrag zur Förderung, zur beruflichen Eingliederung und Integration der 10.000 MigrantInnen und ihrer Kinder in Marburg. Die Marburger Linke unterstützt die Finanzierung der Jüdischen Gemeinde.

Marburg als „Stadt der Vielfalt“ muss eine Stadt der Bürgerrechte, des Friedensengagements, der Menschenwürde und der Sicherheit vor Diskriminierung und Verfolgung sein. Antifaschismus ist daher eine Grundhaltung und eine Querschnittsaufgabe, die die gesamte Kommunalpolitik bestimmen muss. Sie entscheidet nicht über Krieg oder Frieden, kann aber zu einer kritischen Einstellung gegenüber Militäreinsätzen und zur Suche gewaltfreier Konfliktlösungen wirksam beitragen. Die Marburger Linke fordert:

- kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die seit drei Monaten hier wohnen;
- Rede- und Antragsrecht für den Ausländerbeirat in der StVV;
- kein Mensch, der sich hier niedergelassen hat, darf ausgewiesen werden;
- dass der Magistrat alle juristischen und politischen Möglichkeiten nutzt, neofaschistische Aufmärsche zu unterbinden und die Bevölkerung dazu aufruft, gegen solche Aktivitäten öffentlich zu protestieren und zu demonstrieren. Unterstützung von Schulprojekten über die unmenschliche Realität des Krieges und alternative Konfliktlösungen sowie von Friedensinitiativen.

Wer soll das alles bezahlen?

Marburg hat noch eine relativ gute Finanzsituation, der ein erheblicher öffentlicher Investitionsbedarf gegenübersteht. Auch in Marburg gilt: Wer den Reichen oben nichts nimmt, kann dem Gemeinwesen und den Ärmern unten nichts geben. Die Stadt Marburg hat ohne Not den Gewerbesteuerersatz gesenkt, ein Geschenk vor allem an große Firmen und Investoren. Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf zahlt nach jahrelangen Forderungen der linken Fraktionen in StVV und Kreistag inzwischen vom Bilanzgewinn jährlich einen erheblichen Betrag an Kreis und Stadt. Noch mehr ist rechtlich möglich und würde die ökonomische Gesundheit dieses Geldinstituts nicht gefährden. Wir fordern:

- Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 370 auf 430 Punkte (+ 15 Mio. Euro 2010);

- eine Abgabe von zwei Euro für jede Hotel-Übernachtung in Marburg (= + 600.000 Euro 2009);
- Erhöhung der Gewinnausschüttung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf;
- Erhebung einer Nahverkehrsabgabe von den Marburger Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten wie in Frankreich.

Fazit

Auch in den letzten Jahren hat die Fraktion der Marburger Linken aus der Opposition heraus einiges bewegt: Bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2010/2011 fand die Marburger Linke eine Mehrheit für die Position eines Sozialplaners und für die bessere finanzielle Ausstattung der Ortsbeiräte. Ebenso wurde das zweite gebührenfreie Kindergartenjahr durchgesetzt. Kinder aus sozial benachteiligten Familien erhalten zu Beginn des Schuljahrs eine Erstausstattung an Lernmitteln. Die Marburger Altenhilfe ist seit Januar 2011 wieder Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband und übernimmt den TVÖD. In all diesen Fällen wurden von uns jahrelang beharrlich gestellte Forderungen ganz oder doch zum Teil erfüllt.

Für die Marburger Linke bleiben die außerparlamentarischen Bewegungen unsere LieblingspartnerInnen in der Stadt. Schon in der Vergangenheit war immer wieder eine Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen möglich, wenn dies tatsächlich zu einer sozialeren, umweltfreundlicheren und demokratischeren Politik beitrug. In diesem Sinn sind wir auch bereit, zum dringend notwendigen Neuanfang in Marburg beizutragen und bitten Sie um Ihre Stimme.

Am 27. März:

- | | |
|--------------------|---|
| Stadtparlament: | <input checked="" type="checkbox"/> Marburger Linke, Liste 6 |
| Oberbürgermeister: | <input checked="" type="checkbox"/> Henning Köster |
| Kreistag: | <input checked="" type="checkbox"/> DIE LINKE, Liste 5 |
| Schuldenbremse: | <input checked="" type="checkbox"/> NEIN |

KandidatInnen der Marburger Linken für die Stadtverordnetenversammlung

1. Köster-Sollwedel, Henning
2. Bauder-Wöhr, Tanja
3. Schalauske, Jan
4. Adsan, Halise
5. Böhm, Roland
6. Hoffmann, Heidemarie
7. Lange, Harmut
8. Brähler-Haupt, Martina
9. Gesthuysen, Hendrik
10. Kolter, Astrid
11. Böcher, Frank Peter
12. Schwarz-Köppl, Bärbel
13. Biver, Nicolas
14. Schäfer-Biver, Birgit
15. Peters, Thorben
16. Bartz, Johanna Huberta
17. Chwala, Sebastian
18. Bastian, Renate
19. Linn, Johannes
20. Merten, Gisela
21. Luttrupp, Ludwig
22. Frank, Nadine Aimée
23. Regulski, Frank
24. Mohr, Laura
25. Kohn, Eckhard
26. Sturm, Inge
27. Rieß, Wilhelm
28. Bauß, Marlies
29. Mark, Christian
30. Wrona, Susanne
31. Zeller, Hans-Joachim
32. Michaelis-Braun, Ingrid
33. Kloszowski, Dieter
34. Knebel, Leonie
35. Fuchs, Roland
36. Nolting, Marica
37. Budnikow, Maxim
38. Valentin-Bette, Sigrun
39. Ballerstädt, Dirk
40. Gottschaldt, Anne
41. Becker, Otto
42. Goldberg, Natalia
43. Rothe, Wolfgang
44. Grünheid, Ulrike
45. Amediak, Wilfried
46. Zielosko, Christiane
47. Blöser, Matthias
48. Rupp, Ulrich
49. Deppe, Dr. Frank
50. Reimschüssel, Helmut
51. Ehling, Janis
52. Schwan, Michael
53. Jablonowski, Maximilian
54. Wolff-Könings, Hanno
55. Heusinger, Dr. Lutz
56. Harenberg, Reinhard
57. Weber, Dr. Hartwig
58. Selzer, Herwig
59. Rohrmann, Dr. Eckhard
60. Klemer, Wolfgang
61. Boehnke, Sven
62. Foppe, Patrick
63. Ostler, Manfred
64. Wöhr, Markus

Schuldenbremse heißt Sozialabbau

Am 27. März sind die hessischen BürgerInnen aufgerufen, über die Aufnahme einer sog. "Schuldenbremse" in die hessische Verfassung abzustimmen. Hinter dieser Initiative stehen CDU, SPD, FDP und Grüne. Die gleichen Parteien haben bereits dafür gesorgt, dass eine entsprechende Bestimmung ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Eine Änderung der hessischen Verfassung ist deshalb überflüssig. Nicht nur deshalb rufen die Gewerkschaften, Sozialverbände, ASten und DIE LINKE dazu auf, mit „Nein“ zu stimmen. Sie gehen davon aus, dass das Verbot, Kredite aufzunehmen, zu Ausgabenkürzungen führen wird. Das werden nicht nur die Kommunen zu spüren bekommen. Erfahrungsgemäß wird bei den Sozialausgaben der Rotstift angesetzt werden.

Die Ursachen der öffentlichen Überschuldung liegen nicht in zu hohen Ausgaben sondern in zu geringen Einnahmen. Würden noch die Steuergesetze von 1998 gelten (also bevor SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen verteilten) wären jedes Jahr 50 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Haushalten. Ihre Sanierung muss deshalb über die Einführung von Reichensteuern und einer Finanztransaktionssteuer erfolgen.

Deshalb am 27. März: NEIN zu Schuldenbremse!

MARBURGER LINKE.

Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg

Telefon: 06421/16 38 73

E-Mail: info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de